

Schlaraffenland für Asylabzocker ist Berlin

Aktuell treffen bis zu 200 Asylbewerber pro Tag in Berlin ein, 60 Prozent davon kommen aus der Republik Moldau. Aber Personen aus diesem Land bekommen generell kein Asyl. Das wissen sie offenbar und reisen mit dem Bargeld wieder nach Hause, welches sie erhalten. Viele kommen dann offenbar wiederholt nach Berlin. LAF-Präsident Alexander Straßmeir teilte hierzu gegenüber der Presse mit, dass einige der Moldawier bereits den vierten Asylantrag gestellt hätten, nachdem sie bereits dreimal abgelehnt worden seien. Wegen der Corona-Regeln wird jetzt besonders viel Bargeld ausgezahlt. Die Summe für drei Monate gibt es im Voraus, damit sich nicht zu viele Menschen im Ankunftscenter einfinden. Asylbewerber erhalten zusätzlich zu den Sozialleistungen auch noch eine Corona-Zulage in Höhe von 300 Euro pro Person und, wenn sie Kinder haben, auch Geld für Tablets und Laptops.



Die nächste Zuwanderungswelle rollt und reflexartig haben die Altparteien schnell einen Konsens gefunden, dass aus Afghanistan tausende Personen nach Deutschland kommen sollen. So befinden sich große Flugzeuge der Bundeswehr im Einsatz, um über den Luftweg eine weitere Zuwanderung zu ermöglichen. Als Begründung dienen die aktuellen Vorkommnisse in Afghanistan, die offenbar kein Geheimdienst vorhersehen konnte oder wollte. Plötzlich wird in kurzer Zeit ein ganzes Land von den Taliban übernommen und niemand will es vorher bemerkt haben.

Corona-Inzidenz-Wert steigt wieder auf über 50

Die bundesweite Sieben-Tage-Inzidenz liegt nach Angaben des Robert Koch-Instituts (RKI) bei 51,6 - und damit erstmals seit Mai wieder über 50. Einen Wert von über 50 hatte die zur Einschätzung der Infektionslage wichtige Kennziffer zuletzt am 25. Mai (58,4) erreicht, der tiefste Wert des Sommers war Anfang Juli (4,9 am 3. und 6. Juli) gemeldet worden. Nach Einschätzung des RKI hat in Deutschland die vierte Welle der Corona-Pandemie begonnen. Von Infektionen betroffen seien vor allem jüngere Menschen, hieß es im Wochenbericht des Instituts vom Donnerstag. Die Corona-Inzidenz werde trotz der Impfungen auch im Herbst und Winter ein wichtiger Wert zur Einschätzung der anstehenden Belegung von Intensivbetten bleiben, hatten Experten kürzlich erläutert. Ab 200 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner binnen einer Woche sei wieder „eine erhebliche Belastung der Intensivstationen“ mit mehr als 3000 Intensiv-Patienten zeitgleich zu erwarten.

Deutschland will tausende Afghanen freiwillig aufnehmen

Während Länder wie Österreich bereits mitgeteilt haben, dass sie sicherlich keine weiteren Asylbewerber aus Afghanistan aufnehmen werden, handelt die deutsche Politik völlig entgegengesetzt. Nach dem Machtwechsel in Afghanistan rechnet Bundeskanzlerin Merkel mit steigenden Flüchtlingszahlen. Bei der aktuellen Evakuierungsaktion sollen alleine etwa 10.000 Personen nach Deutschland ausgeflogen werden. Bundeskanzlerin Angela Merkel erwartet nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan eine wachsende Zahl von Flüchtlingen. "Viele Menschen werden versuchen, das Land zu verlassen", sagte

Merkel. Die Bundesregierung werde eng mit den Nachbarländern Afghanistans zusammenarbeiten: "Wir sollten alles tun, um den Ländern dabei zu helfen, die Geflüchteten zu unterstützen", wird Merkel zitiert. "Das Thema wird uns noch sehr lange beschäftigen."

Auch das Bundesinnenministerium stellt sich auf eine steigende Zahl von Flüchtlingen aus Afghanistan ein. "Wir müssen sicherlich davon ausgehen, dass die Menschen vor Ort sich in Bewegung setzen werden und dass die Lage vor Ort zu Migrationsbewegungen führen wird", sagte eine Sprecherin. Details zur erwarteten Zahl der neuen Asylbewerber nannte sie nicht. Nun wurde verlautbart: "So viele Menschen wie möglich in

Sicherheit bringen und den Organisationen helfen, die Menschen retten", führte Merkel aus. Das Innenministerium soll hierzu gesagt haben: Ausgeflogene Afghanen dürfen einreisen. Die deutschen Militärmaschinen bringen die Betroffenen zunächst nach Taschkent im Nachbarland Usbekistan. Von dort sollen sie dann in Zivilmaschinen nach Deutschland weiterreisen dürfen. Das versicherte eine Sprecherin von Bundesinnenminister Seebofer. Der Minister hatte erklärt, Visa könnten auch nach der Einreise nach Deutschland erteilt werden. Wie schwer es aber später wird, Personen wieder abzuschleppen, dürfte inzwischen bekannt sein.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE
REPUBLIKANER **REP**

Jugendliche greifen Polizisten an

Vor der Ida Ehre Schule in Hamburg bricht unter Schülern ein Streit aus. Ein vorbeifahrender Polizist will schlichten. Als der Beamte einen 13-Jährigen zu Boden zwingt, attackieren ihn Dutzende seiner Mitschüler. Nun ermittelt das Landeskriminalamt gegen die Minderjährigen. Nach einem brutalen Zwischenfall, bei dem eine Schülergruppe einen Polizisten attackiert hat, ermittelt das Landeskriminalamt in Hamburg wegen gefährlicher Körperverletzung. Schüler hatten den Beamten am Donnerstagnachmittag im Stadtteil Eimsbüttel in der Nähe der Ida Ehre Schule gegen den Kopf getreten, wie die Behörden berichteten. Zuvor hatte der Polizist, der mit einem Fahrrad unterwegs war und im schulischen Umfeld tätig ist, einen Streit zwischen zwei Kindern zu schlichten versucht.

Um die Streitenden hatte sich bereits eine größere Traube anderer Kinder und Jugendlicher gebildet. Ein der Polizei bekannter 13-Jähriger habe eine Hand unter der Jacke verborgen und auf mehrfache Aufforderung nicht herausgeholt. Deshalb habe der Polizist davon ausgehen müssen, dass der Junge bewaffnet sein könnte, hieß es von den Behörden. Der Beamte brachte den 13-Jährigen demnach gegen starken Widerstand zu Boden und wurde dann von zahlreichen weiteren Kindern und Jugendlichen bedrängt und attackiert. Die Stimmung bei dem Vorfall sei aufgeheizt gewesen und habe sich hochgeschaukelt, sagte ein Polizeisprecher. Zwischenzeitlich seien mehr als 80 Schüler vor Ort gewesen, hieß es. Es folgten mehrere Tritte gegen den Kopf des Polizisten. Bei den Jugendlichen soll es sich überwiegend um Migranten handeln.

Deutlich mehr Migranten kommen über den Ärmelkanal

Quer durch das Land müssen die Schließungen von Betrieben und Restaurants beobachtet werden, die die Corona-Pandemie und der Regelungswut nicht überstanden haben.

Seit Ausbruch von Corona gibt es die Angst vor einer hohen Pleitewelle, schreibt Jörg Krämer, Chefvolkswirt der Commerzbank. Einige Beobachter sprachen gar von einem Pleite-Tsunami, der eine Erholung der deutschen Wirtschaft vereiteln könnte.«

Ob solche Sorgen berechtigt waren, ließ sich mittels der amtlichen Insolvenzstatistik lange nicht beantworten, was daran liegt, dass die Pflicht zur Anzeige einer Insolvenz bis Ende März 2020 per Gesetz für Unternehmen ausgesetzt wurde, deren Probleme auf die Corona-Pandemie zurückgingen. Ab Oktober mussten akut zahlungsunfähige Unternehmen zwar wieder eine Insolvenz anzeigen, nicht jedoch überschuldete Firmen.

Ab dem 1.1.2021 wurde die Anzeigepflicht für beide Insolvenzgründe wieder eingeführt, jedoch wieder mit einer Ausnahme, und zwar für die unzähligen Unternehmen, die staatliche Hilfen beantragt hatten. Erst am 1. Mai wurde auch diese Ausnahme abgeschafft, sodass die Pflicht zur Anzeige einer Insolvenz wieder uneingeschränkt gilt. Nun werden sich in den kommenden Monaten die wirtschaftlichen Auswirkungen wahrscheinlich noch drastischer zeigen, als bisher bereits vermutet wurde.

Islamist mit Sturmgewehr in der Innenstadt?

In der Kölner Südstadt soll am 21.08 ein Mann mit Sturmgewehr auf den Straßen unterwegs gewesen sein. Die Polizei hat daraufhin Bereiche der Südstadt abgesucht und Straßen gesperrt. Auch Teile des öffentlichen Nahverkehrs seien für drei Stunden abriegelt worden, teilte die Polizei mit. Der Mann konnte demnach trotz groß angelegter Suche nicht gefunden werden. Ob es sich um einen versuchten Terroranschlag handelt ist bisher ungeklärt.

! Jetzt Republikaner werden !



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. **Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei:** <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Jetzt informieren

- Ich habe Interesse an einer Infoveranstaltung
- Ich möchte Mitglied werden
- Ich bitte um weiteres Infomaterial

www.rep.de

DIE REPUBLIKANER
DIE REPUBLIKANER
REP

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine kleine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist.
Weitere Informationen erhalten Sie von den Landesverbänden

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Weitere Informationen unter: 0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Berchtesgaden:** Regelmäßige Stammtische: Infos unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Stadtrat: Tel.: 09191/31880.
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Samstag im Monat, um 17.00 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax: 0211-6022383.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, um 19.30 Uhr, in Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Hagen:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: hagen@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
 Postfach 140407
 40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl Wohnort

Telefon Telefax

E-Post

Konfession / Beruf / Tätigkeit Geburtsdatum

Frühere Parteimitgliedschaft in .../von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen

Datum / Unterschrift

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) Zahlungsart Zahlungsrhythmus Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Überweisung Lastschrift jährlich halbjährlich

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut BIC/Swift-Code

IBAN

Datum / Unterschrift

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Bezirksverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Landesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Bundesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.